Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos", München, Herzog-Max-Straße 4 / Fernsprecher 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 25 | **München, 22. Juni 1928** | **15. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

Das Jüdische Echo

Nummer 25 22. Juni 15. Jahrgang

Die Tagung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden in Bamberg am 17. und 18. Juni 1928

I.

Die Bamberger Tagung hat keinerlei Sensationen gebracht, weder innerhalb- noch außerhalb des Sitzungssaales. Selbst dem Versuche eines Dutzends von Hakenkreuzlerjünglingen, die sich am Sonntag vormittags vor der Residenz aufgepflanzt hatten, die Teilnehmer der Eröffnungssitzung durch wüstes Johlen und Lachen sowie auch durch vereinzelte Anrempelungen von der Höhe ihrer Kultur zu überzeugen, war keinerlei Echo beschieden. Und so haben denn die Vertreter der bayerischen Judenheit auf ihrer jetzt schon zur Selbstverständlichkeit im jüdischen Leben unseres Landes gewordenen alljährlichen Frühjahrstagung auch diesmal den bewährten Weg praktischer Arbeit fortgesetzt, haben in rein sachlichen Beratungen, die aber bis zum Schluß von der Feierstimmung der Eröffnungssitzung überstrahlt waren, unter ein weiteres Stück der unermüdlichen Arbeit ihrer Führer, das Siegel ihrer Zustimmung gedrückt. Wenn hier und da die Befürchtung laut wurde, daß die Arbeit des Verbandes sich allzusehr ins Organisatorische verliere und der Wunsch erklang, daß diese Anfangsstufe der Entwicklung durch eine Periode abgelöst werde, in der die bisher geschaffenen Formen mit Leben auszufüllen seien, so zeigt dies deutlich, daß das Parlament der bayerischen Juden sich auch seiner eigenen Arbeit gegenüber stets die Weite des Blicks bewahrt, die vor Erstarrung und Verknöcherung schützt. Daß aber die Besorgnis unbegründet ist, der lebendige Geist werde durch Paragraphen und Organisationsformen erstickt, hat der Verlauf der Tagung bewiesen, die von der erhebenden Festsitzung an auf einer beträchtlichen geistigen Höhe stand und trotz aller Einigkeit in den praktischen Zielen doch den Gegensatz der Weltanschauungen nicht verdeckte, der dem jüdischen Leben der Gegenwart das Gepräge gibt. Und der Eindruck, der von dieser Tagung haften bleibt, ist der, daß die Sorge für die Bedürfnisse der bayerischen Judenheit in guten Händen liegt, daß der Verband an äußerer Entfaltung, aber auch an innerer Entwicklung ruhig und stetig fortschreitet. Als hervorstechendstes sachliches Ergebnis aber wird von dieser Bamberger Tagung von 1928 der Beschluß denkwürdig bleiben, der die Zustimmung zur Gründung eines Reichsverbandes der deutschen Juden ausspricht.

II.

Wohl selten hat eine jüdische Körperschaft für den feierlichen Beginn ihrer Arbeit einen so würdigen und stimmungsvollen Rahmen gefunden, wie ihn der Kaisersaal der Bamberger Residenz darstellt, in dem um die Mittagsstunde des 17. Juni 1928 der Vorsitzende der Tagung, Rat am Bayerischen Obersten Landesgericht Prof. Dr. Silberschmidt, die diesjährige Versammlung der Verbandskörperschaften eröffnete. Nachdem das einleitende Harmoniumspiel verklungen war, begrüßte er die fast vollzählig erschienenen Mitglieder der Tagung und des Rates, gedachte in ehrenden Worten der seit der letzten Versammlung Verstorbenen und insbesondere des Verlustes von RA. Dr. Silberschmidt (Kissingen), dem stellvertretenden Vorsitzenden der Tagung, und von Oberlehrer Simon Dingfelder (München), der nur wenige Tage vor der Versammlung, an deren Vorbereitungen er intensiv mitgearbeitet und auf der er ein Referat übernommen hatte, plötzlich dahingerafft wurde. Daran anschließend übermittelte er dem 2. Vorsitzenden des Rates, Rabbiner Dr. Freudenthal (Nürnberg), die Glückwünsche der Tagung zum 60. Geburtstage und schloß mit herzlicher Begrüßung der anwesenden Vertreter der Staats- und Stadtbehörden. Von diesen begrüßte Min.-Rat Metzger die Versammlung im Namen des Kultusministeriums, Ob.-Reg.-Rat Frhr. v. Crailsheim als Vertreter der Kreisregierung von Oberfranken, und Oberbürgermeister Weegmann als Oberhaupt der Stadt Bamberg. Der Vorsitzende der Kultusgemeinde Bamberg, Geh. Justizrat Dr. Werner, begrüßte die Verbandskörperschaften als Gäste der Kultusgemeinde, gab seiner Freude über die Wahl Bambergs als Tagungsort Ausdruck und erinnerte in Verbindung mit dem an die Krongutsverwaltung für die Überlassung des Saales gerichteten Dank an die edle Gestalt des Erbauers dieses Schlosses, des Fürstbischofs Franz Lothar v. Schönborn, der sich in bemerkenswerter Weise für die Juden eingesetzt habe. Endlich gedachte er der gerade im Fürstbistum Bamberg mehrfach vorgekommenen Zusammenschlüsse von Judengemeinden zu einem Verbande, deren letzter durch die Gesetzgebung der Emanzipationszeit aufgelöst wurde, bis ihm im Bayerischen Verbande ein größerer Nachfolger erstand.

Nach Dankesworten des Vorsitzenden der Tagung für die Begrüßungen wurde als Nachfolger des verstorbenen Dr. Silberschmidt (Kissingen), Rabbiner Dr. Wohlgemuth zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Im Mittelpunkt der Festsitzung stand die von jugendlichem Feuer und heiligem Ernst durchglühte, aus den tiefsten Quellen jüdischer Lehre und jüdischer Geschichte geschöpfte Darstellung, die der Rabbiner der Bamberger Gemeinde, Dr. Rülf, von der „Gläubigkeit des jüdischen Menschen" gab. In Worten, die die Versammlung sichtlich bewegten, schilderte er die verschiedenen Stufen der Durchdrungenheit des Menschen von der göttlichen Wahrheit, von der Stufe der Bereitschaft für Gott und seine Gebote, über die der Großteil nie hinauskommt, aufsteigend zur Stufe der Gotteskämpfer, die für die Verwirklichung der erkannten Warheit alles, selbst das Leben einsetzen, und schließlich zu den wenigen Auserwählten, die über den Kampf mit dem eigenen Innern und mit der Umwelt hinausgelangt sind zum Frieden in Gott. Mit einem wunderbar

tiefen Worte des Baalschem schloß er den an zahlreichen Thora, Psalmen- und Prophetenstellen verdeutlichten Gedankengang.

Der Präsident des Rates, Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, erstattete sodann den Bericht über das abgelaufene Jahr. Er erwähnte mit Dank die wohlwollende Haltung, die der Papst in einer kürzlich erfolgten Kundgebung (Auflösung der Vereinigung Amici Israel) zur Judenfrage einnahm und knüpfte daran die Hoffnung, daß auch in Deutschland und Bayern diese Worte des Oberhauptes der katholischen Kirche Widerhall finden und die Gegensätze zum Schwinden bringen möchten. Die Verbandsarbeit selbst habe sich erfreulich weiter entwickelt, wie aus den vorliegenden Berichten schon rein zahlenmäßig hervorgehe. Die verfassungsmäßigen Aufgaben seien in erweitertem Maße erfüllt worden, wenn auch insbesondere auf dem Gebiete der kulturellen Arbeit und der Wohlfahrtspflege nicht alles Wünschenswerte mit den erforderlichen Mitteln unterstützt werden konnte. Ein bisher unerreichtes Postulat sei die Erhöhung des staatlichen Zuschusses, der mit RM. 60 000.— in krassem Mißverhältnis zu den Leistungen des Staates für die beiden anderen Bekenntnisse stehe. Während auf den Kopf der christlichen Bevölkerung ein Zuschuß von RM. 4.24 treffe, komme auf die jüdische nur RM. 1.72. Der Redner appellierte an die Staatsregierung den Wunsch nach Ausgleich dieses Mißverhältnisses auch ihrerseits zu unterstützen. Von den Plänen für die weitere Arbeit ist erwähenswert die Übernahme der Hälfte aller Rabbinergehälter auf den Verband, eine Maßnahme, die in den Großgemeinden, die die Hauptlasten des Verbandes tragen, ohne bisher irgendeine Gegenleistung zu empfangen, wie der Redner an Hand interessanten statistischen Materials im Einzelnen nachwies, die Verbandsfreudigkeit erhalten und erhöhen solle. Endlich sei der Plan einer Zeitschrift für jüdische Geschichte mit Hilfe der historischen Kommission des Verbandes seiner Verwirklichung nahe gebracht worden, wodurch eine lange gefühlte Lücke im geistigen Leben der deutschen Juden ausgefüllt werden solle. An der mit großer Mühe zustandegekommenen grundsätzlichen Einigung der Landesverbände über die Gründung eines Reichsverbandes habe der bayerische Verband redlichen Anteil, da sich die Vertreter der anderen Verbände schließlich auf dem Boden der Grundsätze des vom Redner vorgelegten Entwurfs zusammengefunden hätten. Der Verband habe als erster die Gelegenheit sich auf einer Tagung mit diesem Entwurf zu befassen, von dem der Redner wünscht, daß er die Billigung der Versammlung finden möge, damit die endgültige Konstituierung des Reichsverbandes plangemäß zum 1. Januar 1929 erfolgen könne. Mit dem Wunsche einer segensreichen Arbeit der Tagung schloß der allseits beliebte Führer des Verbandes unter reichem Beifall seinen Bericht, den er mit einer Betrachtung über die berühmten Gestalten der Ecclesia und Synagoga am Fürstenportal des Bamberger Domes in geistvoller Weise eingeleitet hatte. Unter Harmoniumklängen verließen die Besucher der Eröffnungssitzung, an der sich die Kultusgemeinde Bamberg zahlreich beteiligte, den schönen Saal und die Residenz. Leider hatte der Himmel nicht die Sonne gespendet, die die einzigartige Schönheit dieses Bamberger Domplatzes erst in ihrer ganzen überwältigenden Wirkung hätte zeigen können.

III.

Die Beratungen am Nachmittag führten gleich mitten hinein in die Probleme der Gemeinschaftsarbeit. Nach dem Finanzbericht des Schatzmeisters, K.-R. Rosenzweig (Nürnberg), der die Aufbringung und die Verwendung der Verbandsmittel in der bekannten klaren und übersichtlichen Weise darlegte, nicht ohne starke Befürchtungen für die Höhe der künftigen Eingänge und die dringende Mahnung zu sparsamster Wirtschaft zu äußern, und der ebenso, wie das bereits vom Präsidenten des Rates geschehen war, die gerechte Forderung nach erhöhtem Staatszuschuß erhob, erläuterte Justizrat Dr. Straus (München), der Referent für die Wohlfahrtsarbeit, in eingehender Weise den Wohlfahrtsetat, der für das Jahr 1928 zum erstenmal eine Trennung der Aufwendungen für Bayern und für das Reich enthält.

Die Debatte über den Wohlfahrtsetat wurde auf den nächsten Tag verschoben, an dem über die Wohlfahrtsarbeit des Verbandes noch ein Sonderreferat vorgesehen war, und nach einem kurzen Bericht des Vorsitzenden der historischen Kommission, Rabbiner Dr. Freudenthal über die bevorstehende Herausgabe einer von ihm mitgeleiteten Zeitschrift für jüdische Geschichte wurde in die Generaldebatte eingetreten, die sich auf Antrag der Volkspartei nicht nur auf den Finanzbericht, sondern auch auf den vom Ratspräsidenten in der Eröffnungssitzung erstatteten Bericht beziehen sollte. Der Redner der Liberalen, RA. Jung (Nürnberg) unterstrich die Forderung des Schatzmeisters nach Sparsamkeit, widersprach insbesondere der Ausgabe von Mitteln für nicht mehr lebensfähige Zwerggemeinden und beantragte schließlich den Posten für Siedelungswesen in Deutschland von RM. 5000.— auf 10 000.— zu erhöhen. Er fand besonderes Interesse an einer Stelle seiner Rede, in der er davon sprach, daß

die liberale Fraktion, die bisher in ihrer Arbeit im Verbande dem Einheitsgedanken weltanschaulich die größten Opfer gebracht habe, jetzt in dieser Beziehung bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei und weitere Zugeständnisse nicht mehr für tragbar halte. War diese dunkle Andeutung zunächst nur ein dumpfes Donnergrollen, so entzündeten sich die Gegensätze schon lebhafter bei der Erklärung des Vertreters der sogenannten konservativen Fraktion (Block der Klein- und Mittelgemeinden), RA. Feilchenfeld (Nürnberg), der unter Hinweis auf die äußeren und inneren Feinde des Judentums und auf dessen Einheit in Raum und Zeit klar und deutlich das Ziel aufsteckte, das seine Partei für die Arbeit des Verbandes fordere: Stärkung der jüdischen Menschen wie der jüdischen Gemeinschaften in dem Kampf um die Erhaltung des Judentums. Mit besonderem Nachdruck wurde die jüdische Schule als wünschenswerte Erziehungsstätte unserer Jugend gefordert und stärkere Einsetzung der Autorität wie der Mittel des Verbandes für diese allgemeine Durchsetzung dieser Forderung gewünscht, ferner größte Aufmerksamkeit und Unterstützung für die Jugendbewegung und ihre Bestrebungen, für die Arbeiten auf dem Gebiete der Berufsumschichtung unter besonderer Berücksichtigung der religiösen Bedürfnisse, endlich durchgreifender Ausbau der sozialen Fürsorge unter dem gleichen Gesichtspunkt und insbesondere für die Klein- und Mittelgemeinden dem Verbande zur Pflicht gemacht, wobei die Sorge für die kinderreichen Familien als besonders aktuell bezeichnet wurde. Unter Anerkennung der bedeutenden Leistungen des Verbandes für die Kleingemeinden hob der Redner die besondere Notwendigkeit kultureller und geistiger Fürsorge für diese besonders schwer kämpfenden Gemeinden hervor, bekämpfte die Meinung, daß die Steuerkraft für die Lebensfähigkeit einer Gemeinde der ausschlaggebende Gesichtspunkt sei und daß danach allein über die Auflösung oder Zusammenlegung von Gemeinden entschieden werden könne und brachte schließlich das Bedauern seiner Freunde darüber zum Ausdruck, daß der Entwurf einer Rabbinatsbezirksordnung, die endlich Ordnung in das Verhältnis der Rabbinatssitz- zu den Bezirksgemeinden bringen sollte, an dem Widerstande der Sitzgemeinde bisher gescheitert sei, so daß wahrscheinlich nur der Weg übrig bleiben werde, die Bezirksgemeinden von den bisherigen Rabbinatssitzen zu trennen und unter Neueinteilung der Rabbinatsbezirke eigene ländliche Bezirke zu schaffen. Der Vertreter der Volkspartei, Herr Dr. Bamberger (Nürnberg), schnitt zunächst die Frage der Einbürgerung ausländischer Juden an, die bei der bayerischen Regierung auf die größten Schwierigkeiten stößt, führte einige krasse Beispiele an und forderte verstärkte Tätigkeit der Verbandsleitung auch auf diesem Gebiet. Er unterstrich die Forderung des konservativen Redners nach verstärkter Förderung der jüdischen Schule, ging besonders auf das Gebiet der Lehrerbildung ein und wünschte ein Eingreifen des Verbandes in der Richtung, daß bei einer jüdischen Lehrerbildungsanstalt neuer Gestalt, wie sie jetzt auch in Bayern in Form der Aufbauschule geschaffen werden wird, das Hebräische als Ersatz für eine andere Fremdsprache anerkannt werde. Bezüglich der Siedelungsfrage stimmte er — wie übrigens auch der konservative Redner — dem liberalen Antrage zu, beantragte aber seinerseits unter eingehender Begründung für das Siedelungswerk in Palästina ebenfalls RM. 5000.— in den Etat einzustellen.

Nach diesen grundsätzlichen Darlegungen der Parteien sprachen noch von der liberalen Seite Rabbiner Dr. Baerwald (München) zur Wohlfahrtspflege, der Berücksichtigung der jüdischen Künstler und Rückkehr zu den Methoden genauester Rechenschaftslegung bei den Wohlfahrtsinstituten verlangte, von der konservativen Seite Lehrer Brückheimer (Marktbreit) in begeisterten Worten und mit tiefgründiger Beweisführung zur Frage der Jugendbewegung, deren intensivste geistige und materielle Förderung er in einer einstimmig angenommenen Resolution verlangte. Nach mehreren weiteren Rednern, die zu Einzelposten des Etats sprachen, wurde der Antrag auf Erhöhung des Postens für Siedlungswesen auf einen Abänderungsvorschlag des Finanzreferenten in der Form angenommen, daß RM. 8000.— vorgesehen werden sollen, die entweder aus Überschüssen des Etats oder aus Zinsen des Landeswohlfahrtsfonds gedeckt werden.

Gegen die Beschlußfassung über den volksparteilichen Antrag auf Bewilligung von RM. 5000— für die Palästinasiedelung wandte sich seitens der Liberalen mit besonderer Energie Justizrat Dr. Erlanger (Nürnberg), der eine vorherige genaue Prüfung des gesamten Fragenkomplexes für notwendig hielt. Es wurde dann wegen der vorgerückten Zeit die Sitzung abgebrochen und die Beratung auf den nächsten Vormittag vertagt.

Am Abend dieses Tages gab die Kultusgemeinde Bamberg der Tagung in den schönen Räumen der Gesellschaft Ressource ein Festessen, das mit außerordentlicher Sorgfalt vorbereitet war. Durch Tischreden und Aufführungen von künstlerischem Range wurde das Mahl gewürzt, so daß die Stimmung bald eine gehobene war und der Abend einen erfreulichen Verlauf nahm.

IV.

In der Montag-Vormittagssitzung entspann sich zunächst über den volksparteilichen Palästina-Antrag vom Vortage eine scharfe Debatte. Sie endete damit, daß die Volkspartei angesichts der Haltung der liberalen Mehrheit, die erklärte, ohne eingehende Vorbereitung zu dem Antrage keine Stellung nehmen zu können, dagegen nach der Tagung in eine gemeinsame sachliche Prüfung und Beratung der ganzen Frage eintreten zu wollen, ihren Antrag für diesesmal zurückzog. Der Sprecher der Volkspartei, RA. Dr. Nußbaum (Nürnberg), gab dabei die Erklärung ab, daß die Volkspartei die Ablehnung als so schwere Brüskierung empfinden müsse, daß ihr Wille zur weiteren Mitarbeit einer schweren Belastungsprobe unterworfen werde.

Es wurde hierauf unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge — von konservativer Seite war Erhöhung der Bauzuschüsse, für kinderreiche Familien und für den Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser vorgesehenen Posten beantragt worden — der Haushaltplan für 1928 angenommen.

Bei der Behandlung des Entwurfs einer Verfassung für den Reichsverband der deutschen Juden, wie er auf Grund der vorhergegangenen

Verhandlungen der Vertreter der Landesverbände zustande gekommen war, wurde von Einzelberatung mit Abänderungen abgesehen, um die künftigen Verhandlungen nicht zu erschweren und nach eingehendem Referat des Justizrat Dr. Hommel (Schweinfurt) und kurzen grundsätzlichen Erklärungen der Fraktionsvertreter der Gesamtentwurf gegen 4 Stimmen angenommen. Einzelne Abänderungswünsche der konservativen Fraktion wurden für eine etwaige auf Grund der weiteren Verhandlungen erforderliche Neufassung des Entwurfs der Redaktionskommission als Material übergeben.

Für die Volkspartei hatte RA. Dr. Nußbaum den schweren grundsätzlichen Bedenken Ausdruck verliehen, die die jetzige Fassung des Entwurfs mit ihrer auf partikularistischen Grundsätzen aufgebauten und auf direkte Wahlen verzichtenden Vertreterversammlung bei ihr hervorrufe, für die Konservativen Rabbiner Dr. Wohlgemuth die Besorgnisse geschildert, die die gesetzestreuen Elemente trotz der im Entwurf vorgesehenen Sicherungen für die religiösen Minderheiten nach dieser Richtung hätten und die sie zur Forderung noch stärkerer Garantien veranlassen müsse. Beide Redner stimmten aber schließlich dem Entwurf zu und zwar der volksparteiliche Vertreter aus dem Gesichtspunkt des kleineren Übels und der Möglichkeit späterer Behebung der Mängel, der Redner der Konservativen auf Grund der Zusage, daß seine Wünsche bei der endgültigen Redaktion berücksichtigt werden sollten. Lediglich der Führer der Liberalen, RA. Jung, hatte sich vorbehaltslos auf den Boden des Entwurfs gestellt, ohne ihn jedoch als Ideal anzuerkennen. Mit ungewöhnlicher Entschiedenheit gegen die ganze Idee des Reichsverbandes gewandt hat sich lediglich der auch in seiner Fraktion in dieser Beziehung vereinzelte Justizrat Dr. Fränkel (München). In tiefster Erregung stellte er dem nach seiner Ansicht jedes wahren jüdischen Inhalts entbehrenden organisatorischen Gebilde des Reichsverbandes mit einem jüdischen „Reichspräsidenten“ an der Spitze, den er in keinem Falle als jüdischen Führer anerkennen könne, die ideale volljüdische Gemeinschaft gegenüber, die sich willig der Führung jüdischer Geistesheroen überläßt.

Die Mehrheit der Tagung war wie erwähnt, anderer Ansicht und hat angesichts der bestehenden Verhältnisse geglaubt, aus der organisatorischen Zusammenfassung der Juden in den Einzelländern, die soviel Segensreiches geschaffen und erhalten hat, auch die logische Folgerung eines Reichsverbandes ziehen zu müssen, dessen reiche Aufgaben harren.

Der Revisionsbericht, von Justizrat Dr. Dreifuß (München) erstattet, ergab keinerlei Beanstandung.

Nach kurzer Begründung durch RA. Dr. Oettinger (Regensburg) wurde sodann die Vorlage betreffend die Bildung eines Finanzausschusses angenommen, der an die Stelle des bisherigen Bewilligungsausschusses treten, aus je 7 Mitgliedern des Rats und der Tagung bestehen und gemeinsam mit dem Schatzmeister die Vorbereitung des Haushaltsplanes und die Bewilligungen vornehmen soll.

Auch der von RA. Flaschner, dem Syndikus des Verbandes, begründete Entwurf einer Änderung der Besoldungsordnung des Verbandes gemäß dem neuen Besoldungsgesetz vom 20. April 1928 fand unter Ablehnung aller Änderungsanträge, z. B. der von der konservativen Fraktion beantragten gehaltlichen Hebung der Schochtim, en bloc Annahme.

Ferner fand der von JR. Dr. Straus begründete Entwurf einer Vorlage betreffend die Übernahme der Alters- und Hinterbliebenenversorgung von Gemeindebeamten auf den Verband die Zustimmung der Versammlung. Dieser Beschluß ist von erheblicher Bedeutung für die Gemeinden, die nichtreichsdeutsche Beamte haben, da diese in den staatlichen Versorgungsverband nicht aufgenommen werden. Die Versorgungskasse ist zunächst für diese nichtdeutschen Beamten bestimmt, doch hat sich der Verband das Recht vorbehalten, die Versorgung auf reichsdeutsche Beamte auszudehnen.

Als letzte Vorlage begründete endlich Seminar-Oberlehrer Stoll (Würzburg) den Entwurf über die Ergänzung der Gehalts- und Versorgungsbezüge der Volksschullehrer durch den Verband. Es handelt sich um die Ausgleichung von Härten in bezug auf die Besoldung, die sich durch Anstellung früherer Religionslehrer im bayerischen Volksschuldienst ergeben haben, weil die Dienstzeit als Religionslehrer nicht auf das Besoldungsdienstalter angerechnet wurde. Ab 1. April 1928 übernimmt der Verband die Differenz zwischen dem Gehalt, das der Lehrer nach seiner tatsächlichen Dienstzeit zu bekommen hätte und dem bezogenen geringeren Gehalt. Mit dieser Beseitigung einer lange empfundenen Unbilligkeit hat sich der Verband um die zahlreichen in Frage kommenden Lehrer ein großes Verdienst erworben.



Zum Schluß der Vormittagssitzung wurde noch ein Antrag der konservativen Fraktion angenommen, wonach die Rabbinerkonferenz ersucht werden soll, dem Verbande Vorschläge zu einer Neueinteilung der Rabbinatsbezirke zu machen. Der Antrag bezweckt die Einleitung von Vorarbeiten für die zur Beseitigung von verschiedenen Nachteilen erforderliche Zusammenlegung bzw. Angliederung von lebensfähigen Rabbinatsbezirken. Gerade die Mitwirkung der Rabbiner bei dieser schwierigen Aufgabe wird ihre Durchführung erleichtern die im Zusamenhange steht mit der durch die Schaffung einer Bezirksordnung von der Verbandsleitung erstrebten Organisierung der in den Bezirken vorhandenen Kräfte auf einer für ganz Bayern einheitlichen Grundlage. Es ist zu wünschen, daß die Frage bis zur nächsten Tagung eine befriedigende Lösung findet.

V.

Die Schlußsitzung am Montag nachmittags war nur von zweieinhalbstündiger Dauer und setzte sich aus drei hochinteressanten Referaten zusammen, zu deren Besprechung aber leider die Zeit fehlte. In tiefgründiger Weise stellte zunächst RA. Dr. Werner (München) das Problem der Siedlung den Zuhörern dar, indem er an Hand der Statistik die Nachteile der Zusammendrängung der Juden in den Städten und in den geistigen Berufen für die körperlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte darlegte und den Ausweg in einer Rückkehr zur Natur und zur Bodenbearbeitung zeigte. Auf eine Anregung aus der Tagung sagte die Verbandsleitung zu, daß der Siedelungsfrage auf der nächsten Tagung breiterer Raum zur Besprechung vorbehalten bleiben solle.

Der Geschäftsführer der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Dr. Ollendorf (Berlin), gab in fesselnder Weise von hoher Warte aus einen Überblick über die mannigfachen Arbeitsgebiete dieser Organisation und über die zur Lösung drängenden Probleme.

Endlich berichteten die Leiterinnen des Wohlfahrtsamtes des Verbandes, Frl. Dr. Straus und Frl. Katzenstein über die Wohlfahrtsarbeit des Verbandes und gaben auch ihrerseits den Tagungsmitgliedern reiche Anregungen mit auf den Weg.

Nach den üblichen Danksagungen wurde gegen $5^1/_2$ Uhr die Tagung geschlossen.

Bemerkungen zur C.-V.-Arbeit

Der C.-V. gratuliert

In den Zeitungen wurde mitgeteilt, daß sich in Polnisch-Oberschlesien eine „Union demokratischer Juden" gegründet habe, die alle Juden, welche das Judentum als „ethisch-religiöse Gemeinschaft ansehen", die den Zionismus ablehnen und sich vorbehaltlos auf den Boden des polnischen Staates stellen, zusammenfassen will. Soweit haben wir das vollständige Programm des Assimilationsjudentums vor uns, wie es uns längst aus den verschiedenen Ländern bekannt ist.

Nun aber brachte die Meldung auch die Tatsache, daß der neugegründeten Organisation die Glückwünsche verschiedener anderer Vereinigungen dargebracht wurden, u. a. solche des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Union deutsch-österreichischer Juden. Wozu gratulieren diese Vereinigungen?

In Polnisch-Oberschlesien, also in einem Gebiet, das bis vor kurzem zu Deutschland und Österreich gehörte, haben sich Juden vereinigt, um, unter Ablehnung jüdisch-nationaler Gedanken, sich vorbehaltlos auf den Boden des polnischen Staates zu stellen, haben Juden, die bis vor kurzem deutsche Juden und als deutsche Juden sicherlich auch Mitglieder der genannten deutsch-jüdischen Organisationen waren, diese ihre Vergangenheit vergessen und sind zu polnischen Patrioten geworden. Und wir zweifeln nicht, daß, nachdem noch einige Zeit vergangen sein wird, aus den patriotae nach dem Beispiel der Assimilation in allen Ländern patriotissimi des polnischen Staates geworden sein werden. Mit feinem Geschick haben die Herren es verstanden, an die deutsche Vergangenheit, die heute wohl lästig scheint, nicht zu erinnern; in allen Ansprachen, die auf der Eröffnungstagung in Bielitz gehalten wurden, war die Rede vom Zusammenwirken mit der christlichen Umwelt, vom Wohl des polnischen Staates, an dem man mitarbeiten und auf dessen Boden man sich vorbehaltlos stellen wolle. Von dem früher so stolz zur Schau getragenen Deutschtum stand nichts im Bericht. Dazu gratulierte der C.-V.! Solche Männer werden auch künftighin den moralischen Mut haben, von „der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung" zu sprechen, sie werden den Mut haben, in der Resolution Mecklenburg, dem man, nebenbei bemerkt, straflos den Vorwurf der „Schiebung" machen darf, die die Zionisten als undeutsch denunziert, von der untrennbaren Zusammengehörigkeit der deutschen Juden mit dem deutschen Volk zu reden. Man hat von C.-V.-Seite in Gemeinschaft mit Männern der liberalen Partei und des Naumann-Vereins versucht, im Auswärtigen Amt und bei den Mitgliedern des Pro Palästina-Komitees und zwar zuletzt Herr Mecklenburg beim Präsidenten des Komitees, dem Grafen Bernstorff, die undeutsche Gesinnung der Zionisten zu brandmarken, man hat keine Gelegenheit verstreichen lassen, den eigenen Patriotismus laut in die Welt zu schreien und jetzt gratuliert man denen, die bislang deutsche Juden, nun vorbehaltlose polnische Staatsbürger jüdischen Glaubens geworden sind und bereits damit tiefstes Verstehen für den Umfall und die politische Neuorientierung jener Kreise zeigen! Ob man ihnen einen großen Dienst erweist? Muß nicht jeder wirkliche Pole schon verwundert über das plötzliche Einschwenken der Juden von Bielitz mißtrauisch werden, wenn er von den Gratulationen der deutschen jüdischen Organisationen liest, die ihm die Vermutung

nahelegen, es handelt sich nur um eine deutsche Mache, um eine neue Irredenta unter neuem Namen. Denn wie könnten sonst die sich stets ultrapatriotisch nennenden deutschen Juden aus dem C.-V. in Berlin so herzlich Glück wünschen? Doch das ist schon nicht mehr unsere Angelegenheit, mögen das die „Vorbehaltlosen" mit den polnischen Mitbürgern ausmachen. Traurig ist nur, daß auf diese Weise wieder denen Vorschub geleistet wird, die so gerne von der Unzuverlässigkeit und Doppelzüngigkeit der Juden sprechen, daß damit ein Schlag gegen die aufrechte würdige Politik der erdrückenden jüdischen Mehrheit in Polen gerichtet wurde, der geeignet ist, die Minoritätenarbeit, die die Juden mit den anderen Minderheiten Polens, darunter den dortigen Deutschen, zusammen geleistet haben, zu stören und zu schädigen.

Was wir aber festnageln wollen, das ist das Doppelspiel des deutschen Assimilationsjudentums, das seine „heiligsten" Prinzipien vergißt, wenn es gilt, den verhaßten Zionismus zu bekämpfen. Es gibt politische Auseinandersetzungen, die durch Diskussion von beiden Seiten geklärt und bereinigt werden können. Es gibt aber auch einen politischen Wertmesser für den guten Glauben des Gegners und wenn man sieht, wie dieser gute Glaube aus dem politischen Kampf entschwindet, dann gibt es keine Debatte mehr, dann gibt es nur noch die Pflicht, die gegnerische Unlauterkeit zu brandmarken. Das Assimilationsjudentum hat in Deutschland dem Zionismus schärfsten Kampf angesagt; die Zionisten werden diesen Handschuh aufheben, sie werden gezwungen sein, die Taten der Gegner mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen und werden einen Kampf führen, der zugleich ein Kampf ist gegen Opportunismus und Knechtseligkeit, ein Kampf um die Seelen der deutschen Juden, die in ihrer Gesamtheit jüdisch viel würdiger sind als die Resolutionen und Glückwünsche des C.-V., der vorgibt, das Sprachrohr der deutschen Juden zu sein.

S. E.

Herr Mecklenburg

Herr Mecklenburg ist der weiteren jüdischen Öffentlichkeit nicht erst durch die nach ihm benannte Resolution der letzten Hauptversammlung des C.-V. bekannt geworden. Schon vorher führte er einen in seiner Gehässigkeit unerreichten Kampf gegen den Zionismus, den er nicht etwa nur vor einem jüdischen Forum, sondern mit Vorliebe in großen deutschen Zeitungen austrug.

Herr Mecklenburg ist aber nicht nur Vorkämpfer des C.-V. Er war bis vor kurzer Zeit in seiner Heimatstadt Chemnitz auch erster Vorsitzender der dortigen israelitischen Religionsgemeinde. Als solcher wäre er verpflichtet gewesen, gegenüber allen in seiner Gemeinde vertretenen Richtungen eine gewisse Objektivität zu wahren. Herr Mecklenburg nützte aber seine Position vor allem dazu aus, seinen erbitterten Haß gegen die Zionisten zu betätigen; so sehr, daß dabei auch seine persönliche Ehrenhaftigkeit darunter litt. Er benützte, wie die „Jüdische Rundschau" berichtet, die Notlage eines ostjüdischen Bethausvereins, der daran gegangen war ein orthodoxes Bethaus zu errichten, um einen Keil zwischen Zionisten und Ostjuden zu treiben und zwar so, daß er den Ostjuden, denen er im übrigen die Gleichberechtigung in der Gemeinde konsequent verweigerte, als Privatmann Hilfe zu leisten vorgab. Dabei nun machte er sehr verwickelte Geschäfte. Unter Verwendung von Strohmännern (u. a. gründete er eine Bethaus-G.m.b.H., zu deren Geschäftsführer er zwei Nichtjuden bestellte) stellte er im Namen dieser G.m.b.H. bei der Gemeinde, deren Vorsitzender er selbst war, einen Antrag auf Subvention, die ihm selbst als dem alleinigen Anteilsinhaber der G.m.b.H. wieder zugute gekommen wäre. Im Laufe dieser Angelegenheit legte, auf entschiedene Proteste, Herr Mecklenburg sein Amt als Vorsitzender nieder; schließlich als durch eine Reihe von Zivilklagen in dieser wirren Sache eine ernsthafte Schädigung des jüdischen Ansehens befürchtet werden mußte, wurde das Verhalten Mecklenburgs in der Gemeindeversammlung außerordentlich stark kritisiert und ihm u. a. in einem Zwischenruf der Vorwurf der S c h i e b u n g gemacht. Herr Mecklenburg erhob darauf Anklage wegen Beleidigung, die nun am 13. d. M. vor dem Amtsgericht Chemnitz zum Austrag kam. Ergebnis: Der Richter sprach die Angeklagten, die beiden Zionisten Dr. Max Sichel und Lipa Scharf frei, die Kosten des Verfahrens wurden Herrn Mecklenburg auferlegt. In seiner Begründung billigte der Richter dem Angeklagten Dr. Sichel die Wahrung berechtigter Interessen zu,

den subjektiven guten Glauben, daß tatsächlich unkorrekte, nicht einwandfreie Machinationen seitens des Privatklägers gemacht wurden. Der Richter gab zu, daß im Ausdruck „Schiebung“ eine Beleidigung liege, er hob hervor, daß bei der Gründung der Bethaus-G.m.b.H. Strohmänner vorgeschoben wurden; ferner schloß sich der Richter der Ansicht Dr. Kollenschers an, daß es sich bei Mecklenburg, wenn auch nicht um persönlich pekuniäre so doch um jüdisch-politische Vorteile gehandelt habe. Jedenfalls sei die Bezeichnung der „Machinationen“ Mecklenburgs mit dem Ausdruck „Schiebung“ keine Übertreibung.

Herr Mecklenburg hat also nunmehr von berufener Seite ein Urteil über seine politische Taktik erhalten; ein Urteil, das auch dem C.-V. genügen sollte, eine weitere Tätigkeit dieses Herrn nicht mehr zu dulden, vor allem dann, wenn er sich nicht selbst dem Vorwurf aussetzen will, solche Praktiken gut zu heißen. Es ist höchste Zeit, daß Herr Mecklenburg von der jüdisch-politischen Bühne abtritt, auch wenn dieser Abgang nicht gerade einen guten Eindruck hinterläßt.

Aufklärung!

Die Tätigkeit des C.-V., die sich im wesentlichen auf Aufklärung und Abwehr beschränken sollte, hat in der letzten Zeit schon manches Kopfschütteln hervorgerufen. Über diese Grenzen ist sie nunmehr weit hinausgegangen. Die Aufklärungsarbeit des C.-V. beschränkt sich nicht mehr nur auf die Abweisung antisemitischer Angriffe; sie richtet sich in der letzten Zeit mindestens ebensosehr gegen den Zionismus und alles was der zionistischen Bewegung freundlich gesinnt ist; sie beachtet dabei nicht einmal die Grenzen Deutschlands und greift, wo sich die geeignete Gelegenheit zu bieten scheint, auch auf andere Länder über.

So hat die Leitung des C.-V. dem bekannten belgischen Sozialistenführer Vandervelde vor seiner Reise nach Palästina eine französische Übersetzung des von uns seinerzeit gebührend gekennzeichneten Palästinareiseberichts der Herren Dr. Cohn und Dr. Weyl übersandt; jener Herren, die Palästina in einer Autoreise von wenigen Tagen von Grund auf kennengelernt zu haben behaupten und in ihrem Bericht neben ihrem Unverständnis und ihrer Unkenntnis einen Zionistenhaß bekunden, der in dieser Form anscheinend nur in Deutschland gedeiht. Vandervelde hat sich durch den tendenziosen Bericht nicht beeinflussen lassen. Er ist aus Palästina mit großer Bewunderung für das dort Geleistete zurückgekehrt und wird in der nächsten Zeit auch vor einer Veranstaltung des deutschen Pro-Palästina-Komitees über seine Eindrücke berichten. Über das Verhalten des C.-V. allerdings war er auf das höchste befremdet und hat daraus auch gar kein Hehl gemacht.

Auf eine Kritik dieses in jeder Beziehung merkwürdigen Vorgehens in der „Jüdischen Rundschau“ erließ der C.-V. ein Dementi. Es handele sich nicht um einen offiziellen Schritt der C.-V.-Leitung, die Privatperson, die die Broschüre für den speziellen Gebrauch für Herrn Vandervelde ins Französische übersetzt habe, sei ihr unbekannt. Am Schlusse jenes Dementis heißt es aber, daß es „dem C.-V. überlassen sein muß, die von ihm für richtig befundenen Wege der Aufklärung zu gehen“ (Sperrung von uns. Die Redaktion). Das darf man wohl als einen Hinweis darauf betrachten, daß das Verhalten dieses Unbekanten dem C.-V. gar nicht so unrichtig erscheint, ja daß er selbst vielleicht einmal ähnliche Wege beschreiten wird. Und was nun den „Unbekannten“ anlangt, so dürfte es nicht ganz überflüssig sein, den C.-V. um Aufklärung zu ersuchen, ob er seinem zweiten Vorsitzenden, der aus dem Elsaß stammt, fließend französisch spricht und Justitiar bei der französischen Botschaft in Berlin ist, wirklich so ganz unbekannt ist, wie man nach dem Dementi annehmen soll.

Prinzipiell aber ist zu sagen, daß der C.-V. sich hüten sollte, solche Aufklärungsarbeit wie die jenes Unbekannten in Schutz zu nehmen oder selbst zu betreiben; er könnte doch eines Tages darüber aufgeklärt werden, daß den deutschen

Juden das Verständnis für ein solches, gelinde gesagt, hinterlistiges und würdeloses Verfahren fehlt, das auch bei der weitesten Auslegung nicht zu den satzungsgemäßen Aufgaben des C.-V. gerechnet werden kann. Jedenfalls verliert er dadurch vollständig das Recht für solche Arbeit Subventionen jüdischer Gemeinden und Verbände zu beanspruchen, die doch von allen jüdischen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Und darüber scheint nun uns wieder Aufklärung dringend notwendig.

Die Beratungen der Jewish-Agency-Kommission

London, 16. Juni. (JTA.) Die Mitglieder der vereinigten Palästina-Prüfungskommission und die Mitglieder der Exekutive der zionistischen Organisation hielten am 14. Juni im Zentralbüro der Zionistischen Organisation eine gemeinsame Sitzung ab. Den Vorsitz führte Herr Louis Marshall. Anwesend waren die Mitglieder der Kommission, die Herren Felix M. Warburg, Dr. Lee K. Frankel und Direktor Oskar Wassermann, ferner die Mitglieder der zionistischen Exekutive Dr. Chaim Weizmann, Nahum Sokolow, Dr. M. D. Eder, Dr. Harry Sacher und Felix Rosenblüth, sowie der geschäftsführende Direktor der jüdischen Kolonialbank Dr. G. Halpern, der Vertreter des Hauptausschusses des Keren Hajessod Dr. B. Feiwel und Dr. A. Ruppin. Die Herren Harry Sacher und Dr. Ruppin gaben eingehende Erklärungen und beantworteten eine Reihe von seitens der Kommissionsmitglieder an sie gerichteten Fragen.

Aus der jüdischen Welt

Die Ressortverteilung bei der Z.V.f.D.

Berlin, 14. Juni. (JTA.) Die neu gewählte Leitung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland hat unmittelbar nach dem Delegiertentag ihre Arbeit aufgenommen. In der konstituierenden Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, die am Mittwoch, dem 6. Juni, stattfand, wurden die Ressorts wie folgt verteilt: Kurt Blumenfeld: Vertretung der Z.V.f.D. nach innen und außen. Innerjüdische Politik in Deutschland. K.K.L. Alfred Berger: Soziale Arbeit. Dr. Bileski: Vorbereitung der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses, Bearbeitung juristischer Fragen, Korrespondenz mit deutschen Zionisten in Palästina. Dr. Nahum Goldmann: Kulturarbeit. (Dezernent außerhalb des Geschäftsführenden Ausschusses Dr. Sali Hirsch.) Dr. Kanowitz: Verwaltung der Z.V.f.D., Propaganda, Jugendarbeit, Publikationen. Dr. Kollenscher: Gemeindearbeit. Dr. Landauer: Sondersammlungen, Hachscharah, Alijah, Administration der „Jüdischen Rundschau“. Richard Lichtheim: Schekelpropaganda, Privatinitiative, Ansiedlung deutscher Zionisten in Palästina. Dr. Martin Rosenblüth: Personalfragen, Pro-Palästina-Komitee. (Hechaluz.) H. H.

Ende Juni Tagung der in der Gemeindearbeit stehenden Zionisten

Berlin, 14. Juni. (JTA.) Der Landesverband der Z.V.f.D. beschloß in seiner ersten Sitzung, die im Anschluß an den Delegiertentag in Breslau stattfand, Ende Juni eine Tagung der in der Gemeindearbeit stehenden Zionisten einzuberufen. Diese Tagung wird zunächst zu den Beschlüssen der Gemeindekommission des Delegiertentages Stellung zu nehmen haben. Nach diesen Beschlüssen soll die gesamte Gemeindepolitik einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden. Die Tagung findet am Sonntag, dem 24. Juni, in Berlin statt.

Eine Kundgebung des deutschen Pro-Palästina-Komitees mit Emile Vandervelde

Berlin, 14. Juni. (JTA.) Auf Einladung des deutschen Pro-Palästina-Komitees wird am Sonntag, dem 24. Juni, abends, der ehemalige belgische Ministerpräsident und Außenminister Emile Vandervelde, der soeben von einer Reise durch Palästina zurückgekehrt ist, in einer großen Veranstaltung über das Thema: „Mes impressions de voyage en Palestine“ sprechen. Diese Kundgebung wird sich an die große jüdische Öffentlichkeit wenden.

Dr. Magnes spricht zu jüdischen Gelehrten Deutschlands

Berlin, 18. Juni. (JTA.) Der Kanzler der Hebräischen Universität zu Jerusalem, Dr. J. L. Magnes, weilte in diesen Tagen in Berlin und in anderen Orten Deutschlands, um mit verschiedenen jüdischen Gelehrten und Universitätsprofessoren Besprechungen betreffs deren Unterstützung der Lehrtätigkeit der gegenwärtig in der Ausgestaltung zu einer Hochschule sich befindenden Hebräischen Universität zu pflegen.

Unter dem Vorsitz von Herrn Professor Dr. M. Sobernheim und im Beisein von Dr. J. L. Magnes fand in Berlin eine Besprechung jüdischer Gelehrter statt, der u. a. die Herren Professoren Mittwoch, Elbogen, Gutmann, Marcon, Professor Mann aus Cincinnati, ferner Dr. Ahlbeck, Dr. Grünberg und Dr. Fritz Baer beiwohnten. Herr Dr. Magnes gab detaillierte Aufklärungen über die Ausgestaltung der Hebräischen Universität, besonders des Institutes für Judaistische Studien, die Gründung des Orientologischen Institutes, die Eröffnung des Institutes für Naturwissenschaften usw. Im Anschluß an die Darlegungen von Dr. Magnes fand eine rege Aussprache statt. Seitens der versammelten Gelehrten wurden vielfach Anregungen gegeben, die Herr Dr. Magnes mit Dank entgegennahm.

Ein Rekordmonat des Keren Hajessod. — Maieingänge: £ 58 541

Jerusalem, 14. Juni. (JTA.) Die Eingänge des Keren Hejessod im Monat Mai betrugen 58 541 Pfund; sie stellen einen Rekord im laufenden Budgetjahre dar. Zu dieser Gesamtsumme steuerten u. a. bei: Amerika £ 30 651, Südafrika (Kampagne Col. Kisch) £ 10 000, England (Inkl. 5000 von Bernhard Baron) £ 5650, Großrumänien £ 3099, Argentinien £ 2000, Deutschland £ 1551.

Ein Nationalsozialistenführer stiftet zu einer Synagogenschändung an und macht selbst den Aufpasser — 7 Monate Gefängnis

Berlin, 13. Juni. (JTA.) In Lüneburg wurde im November vorigen Jahres die Synagoge von Nationalsozialisten beschmiert und beschmutzt. Die Täter, junge Nationalsozialisten, waren vor kurzem vom Schöffengericht verurteilt worden. Diese und auch der Staatsanwalt hatten Berufung eingelegt. In der Berufungsverhandlung ergab sich, daß der Vorsitzende der Nationalsozialisten in Lüneburg der Anstifter jener Tat war. Er hatte außerdem während der Tat aufgepaßt, daß seine Freunde von der Polizei nicht überrascht wurden. Es wurden Strafen in Höhe bis zu sieben Monaten ausgesprochen.

Der Hamburger Senat weist einen nationalsozialistischen Antrag gegen die Schechita zurück

Hamburg, 18. Juni. (JTA.) In der Hamburger Bürgerschaft beantragten die Nationalsozialisten, den Senat zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Schlachttiere vor der Tötung betäubt werden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Verbandstag der Jüdischen Handwerker Deutschlands

Der 8. Verbandstag des Zentralverbandes jüdischer Handwerker Deutschlands, Sitz Berlin, wurde vom 2. bis 5. Juni in Hannover abgehalten. Eingeleitet wurde die Tagung durch einen Festakt, den der Verbandsvorsitzende, Glasermeister Wilhelm Marcus (Berlin), eröffnete. Der Vorsitzende des Berliner Handwerkervereins, Tapezierermeister Louis Wolff, wies auf die Bedeutung eines starken jüdischen Handwerkerstandes für das gesamte Wirtschaftsleben hin. Neben Senator Lutz, der einen Willkommgruß im Namen der Stadt Hannover sprach, begrüßten Vertreter vieler jüdischer Organisationen die Tagung.

Im Mittelpunkt der am Montag begonnenen Arbeitssitzungen standen die Referate des Vorsitzenden der Ortsgruppe Hannover Paul Goldmann über „Der jüdische Mittelstand“ und des Leiters des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands, S. Adler-Rudel (Berlin) über „Jüdische Berufswahl und jüdische Arbeitsnachweise“. Im Anschluß an das Referat Adler-Rudels wurde beschlossen: Der Verbandstag hält es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Normalisierung der jüdischen Berufsgliederung durch eine Förderung des handwerklichen Nachwuchses besonders geeignet ist. Die verantwortlichen Körperschaften des deutschen Judentums werden aufgefordert, auf eine sinnvolle Umgestaltung der Berufsgliederung auf dem Wege einer systematischen Berufsberatung hinzuwirken Der Verbandstag fordert von den Gemeinde- und Landesverbänden die Einsetzung von Etatmitteln zur Förderung jener Kreise der jüdischen Jugend, die sich den handwerklichen Berufen zuwenden.

Betreffs der jüdischen Mittelstandsfrage wurde beschlossen: Der Verbandstag sieht in der Schaffung jüdischer Darlehenskassen und Kreditgenossenschaften eines der Mittel, dem Verelendungsprozeß des Mittelstandes entgegenzuwirken. Der Verbandstag fordert von den jüdischen Gemeinden und Landesverbänden die Gründung von Darlehens- und Kreditkassen. Der Verbandstag protestiert gegen die Ausschaltung jüdischer Handwerker und die Verdrängung jüdischer Arbeitnehmer von den Arbeitsplätzen. Er fordert von den Gemeinde- und Landesverbänden, sowie von allen jüdischen Organisationen, daß sie der Frage des Ausbaues der jüdischen Arbeitsnachweise größte Aufmerksamkeit widmen.

Das Problem der Staatenlosen in der Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

München, 13. Juni. In der Aula der Münchener Universität hielt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ihre 15. Hauptversammlung ab. Den Mittelpunkt bildeten drei wissenschaftliche Vorträge, darunter einer des hervorragenden Rechtslehrers, Professors Dr. Triepel (Berlin) über „Internationale Regelung der Staatsangehörigkeit“. Triepel beschäftigte sich mit den Schwierigkeiten, die gerade in jüngster Zeit dadurch entstanden wären, daß zahlreiche Staaten ihre Staatsangehörigkeitsgesetze ohne Rücksicht auf andere Länder ausgebaut hätten, was für unendlich viele Menschen entweder eine mehrfache Staatsangehörigkeit oder vollkommene Staatenlosigkeit zur Folge habe; er berichtete dann über die Versuche, diese Gesetze durch internationale Vereinbarung zu überbrükken, und namentlich über die auf Veranlassung des Völkerbundes in dieser Richtung getanen Schritte.

Antisemitische Propaganda der Deutschen Gesellschaft für Rassenpflege an der Wiener Universität

Wien, 15. Juni. (JTA.) Gestern vormittags ist in der Aula der Wiener Universität ein Anschlag der Deutschen Gesellschaft für Rassenpflege veröffentlicht worden, der in seinem allgemeinen Teil besagt: „Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, schrie das Judentum seit

mehr als einem Jahrhundert, solange bis das deutsche Volk diesen Unsinn zum heiligsten Staatsgrundsatz erhob. So ist heute jeder Zulukaffer, jeder Hottentott, jeder eingewanderte Jude mit dem bodenständigen Deutschen gleichberechtigt, trotzdem die Deutschen die gesamte Kultur im Lande schufen, trotzdem die Juden die gesamte Unkultur des Ostens und Unzucht des Orients ins deutsche Land brachten. Es ist aber billiges Recht, wenn wir fordern: Deutschland den Deutschen, nicht aber den asiatischen Hebräern!"

Die Wiener Wochenschrift „Die Neue Welt", lenkt die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers und aller jener Stellen, die sich um die Kultur und den guten Ruf Österreichs sorgen, auf dieses Pamphlet, das an der Wiener Universität öffentlich angeschlagen werden darf, zu einer Zeit, da an die gesamte Bevölkerung appelliert wird, Freunde nach Wien zu laden.

Antisemitische Richtlinien der Wiener Handelskammer

Wien, 15. Juni. (JTA.) Die Wiener Handelskammer hat Richtlinien für die Begutachtung von Einbürgerungsgesuchen veröffentlicht, die am 14. Mai d .J. auf Grund eines Referates des Kammerrates Eugen Fulda beschlossen wurden. Diese Richtlinien sollen in ihrer Gesamtheit — wenn auch nicht direkt ausgesprochen — eine Barriere gegen die Einbürgerung von Juden bilden. In einer der Richtlinien heißt es z. B.: „Ferner wird man hierbei, von rein wirtschaftlichen Erwägungen ausgehend, sich dessen bewußt sein müssen, daß es keineswegs im Interesse der einheimischen Wirtschaftskreise gelegen ist, wenn man es den Ausländern gar zu leicht macht, die österreichische Bundes- bzw. Landeszugehörigkeit zu erlangen, weil durch den starken Zuzug landes- und volksfremder Elemente, die sich in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oft von einer Geschäftsmoral leiten lassen, die von den Sitten unseres Landes stark abweicht, eine derartige Überfremdung herbeigeführt werden kann, daß die bodenständigen Handels- und Gewerbetreibenden nur mehr mit Mühe die ihnen von Rechts wegen zukommende Stellung zu erhalten vermögen und um die Erhaltung ihrer Existenz unter Bedingungen, welche sich stetig verschlechtern, zu ringen haben."

Die Wiener zionistische Wochenschrift „Die Stimme" fragt, wie es kommt, daß die vielen jüdischen Kammermitglieder diese Richtlinien dulden, die dem Wesen des Handels ins Gesicht schlagen und nur darauf hinausgehen, die Juden zu verdrängen, um den fähigeren Konkurrenten los zu werden?

Der Waad Leumi ersucht die Palästina-Regierung, die jüdische Einwanderung und die Zahl der jüdischen Polizisten zu erhöhen — Zustimmende Antwort Plumers

Jerusalem, 14. Juni. (JTA.) Der Waad Leumi (jüdischer Nationalrat in Palästina) ersuchte den Oberkommissar für Palästina, Feldmarschall Lord Plumer, Vorkehrungen zur Erleichterung der jüdischen Einwanderung in Palästina zu treffen und im Hinblick auf die sich häufenden Attacken auf jüdische Mädchen und Frauen in den Straßen Jerusalems die Zahl der jüdischen Polizisten zu erhöhen. Lord Plumer gab auf dieses Ersuchen zustimmende Antworten. Das Verlangen des Waad Leumi nach Erhöhung der Zahl jüdischer Polizisten wird hier allgemein als sehr berechtigt und zeitgemäß empfunden. Allein in der letzten Nacht kamen drei Versuche zur Vergewaltigung jüdischer Frauen seitens Araber in Jerusalemer Straßen vor.

Feuilleton

Josef Rosenblatt

Mit großer Mühe ist es einem Münchener Komitee gelungen, den weltberühmten Kantor und Konzertsänger Josef Rosenblatt, anerkannt bei Juden wie bei Nichtjuden, für ein einmaliges Konzert zu gewinnen.

Einer frommen, chassidischen Familie aus Biala (Charkow) entstammend, kam Josef Rosenblatt mit seinem Vater, einem armen Wanderchasan, im Alter von acht Jahren nach Sadagora, zum Zadik. Dort wurden die phänomenalen Gaben des Kindes auf dem Gebiete der Gesangskunst erkannt. Der Knabe belebte und verschönte mit seinem herrlichen Gesange die Tafel des Rabbi und fand die größte Bewunderung der Chassidimgäste, die damals aus allen Gauen nach Sadagora zum großen Rabbi Friedmann pilgerten. Der Not gehorchend, fuhr Vater Rosenblatt mit seinem Jungen in die Welt hinaus, um in fremden Synagogen vorzubeten. In diesen Gottesdiensten war das Solo des kleinen Jossele vorherrschend und er eroberte alle Herzen. So ernährte er schon als Kind die ganze Familie. In Munkacs wurde er später als Siebzehnjähriger festgehalten und von der Gemeinde als Chasan angestellt, von wo er ein Jahr später, achtzehnjährig und schon verheiratet, als Oberkantor nach Preßburg kam. In Preßburg, wo er fünf Jahre wirkte, erwarb er sich den ersten großen Ruhm, denn seine Stimme war inzwischen zu einem unvergleichlich schönen lyrischen Tenor ausgereift. Fünf Jahre wirkte Rosenblatt in Preßburg und kam 1906 im Alter von dreiundzwanzig Jahren, ein Chasan von Ruf und großem jüdischem Wissen, nach Hamburg. Das Hamburger Wirken Rosenblatts ist in Deutschland weit über Hamburg hinaus in guter Erinnerung. Hier hatte er Gelegenheit, auf dem Wege gründlicher Ausbildung den phänomenalen Naturgaben vollendete Technik

zuzugesellen. So kam er nach sechsjähriger Tätigkeit als Chasan von erstem Rufe im Jahre 1912 nach Amerika, wo er gleich mit großem Jubel empfangen wurde und eine Anstellung als erster Kantor an der damals größten orthodoxen Synagoge erhielt. In Amerika eignete sich Rosenblatt noch mancherlei Kenntnisse an und brachte die technische Ausbildung zur Vervollkommnung. Er singt mit gleicher Meisterschaft englisch, französisch und italienisch. Besonders sein italienischer Gesang findet von der amerikanischen Kritik rückhaltlose, oft überschwängliche Anerkennung. Er sang in den letzten Jahren wiederholt neben jüdischen, auch nichtjüdische Konzerte auf großen Bühnen und machte Tournees durch England, Belgien, Frankreich. Besonders in Deutschland, wo er in Berlin, Köln, Frankfurt, Leipzig die größten Erfolge erntete, wurde er mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Den genialen Sänger, dessen Ruf und Ruhm unzählige Platten über die Ozeane in die Welt hinaussingen, werden wir nun das Glück haben, persönlich zu hören, nicht nur als großen Sänger, sondern auch als geistreichen Improvisator. Sein Vortrag ist einzigartig. Seine Kompositionen sind originell jüdisch. Mit großer Meisterschaft verstand er es, die alten jüdischen Melodien vom Cheder, Jeschiwah und Bes-Hamidrasch wieder zu beleben. Josef Rosenblatt zeigt sich am erhabensten und größten im Hebräischen Teffilot (Gebete), wo er am tiefsten den zweitausendjährigen Schmerz seines Märtyrervolkes ausdrückt. Und nicht weniger erhaben und groß ist er in seinen jüdischen Volksliedern, die das Leben, Denken und Fühlen, die Komik und Tragik des Diasporajuden erschütternd wiedergeben. Als ihn der unsterbliche Caruso einmal singen hörte, rief er gerührt aus: „Das ist der größte Tenor, der je auf der Erde gelebt hat."

Wir freuen uns auf den seltenen Genuß, der uns beschieden und hoffen, daß die Münchner Judenheit dieses große Ereignis zu würdigen wissen wird.

Josef Löwy

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Herzl-Feier der zionistischen Jugendverbände Münchens. Am Donnerstag, 12. Juli, veranstalten die Münchner zionistischen Jugendverbände der V. J. St. Jordania im K. J. V., der J. J. W. B. und der Bar-Kochba im Steinickesaal anläßlich der 24. Wiederkehr von Herzls Todestag eine Herzl-Feier. Es ist gelungen, Herrn Dr. Siegfried Kanowitz (Berlin) zur Mitwirkung zu gewinnen, den besten und temperamentvollsten jugendlichen Redner im deutschen Zionismus. Nähere Mitteilungen über die Feier im nächsten „Echo" an dieser Stelle.

Keren Kajemeth Lejisrael (Jüdischer Nationalfonds) München. Wir weisen besonders darauf hin, daß sämtliche Spenden, die im nächsten Ausweis erscheinen sollen, jeweils bis spätestens Dienstag 6 Uhr aufgegeben werden müssen.

Bar Kochba München, Damenabteilung. Sonntag, den 9. September findet ein Sportfest im Freien statt. Sämtliche Damen werden aufgefordert pünktlich und regelmäßig am Turnboden zu erscheinen, damit alle Turnerinnen in der Lage sind, an den gymnastischen Übungen teilzunehmen. Da vom 15. Juli bis 1. September Ferien sind, ist es von größter Wichtigkeit, daß alle Damen die Turnabende bis zum 15. Juli ständig besuchen. Gleichzeitig wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Damen, welche in Abteilung I turnen, nicht in Abteilung II mitturnen dürfen und umgekehrt.

Sonntag, den 24. Juni findet (nur bei gutem Wetter) eine Tagestour nach Wessling-Seefeld-Andechs statt. Rucksack mit Proviant und Schwimmanzug sind mitzubringen. Treffpunkt pünktlich 8 Uhr unter der Uhr am Starnberger Bahnhof.

Bar Kochba München. Das Training für Leichtathletik und Handball unter Leitung unseres neuen Trainers Breit, findet regelmäßig auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße (Linie 25) statt und zwar Sonntag, vormittags ab 9.30 Uhr, sowie Dienstag und Donnerstag abends ab 7 Uhr. Auch das Training der Jugend findet dort zu denselben Zeiten statt.

Bar Kochba München. Vom 15. bis 22. Juli findet eine Ferienfahrt der Jugendgruppe des B. K. Nürnberg statt, an welcher wir uns auch beteiligen. Die Fahrt führt nach Füssen und kostet insgesamt RM. 30.— pro Teilnehmer (inkl. Fahrt und Verpflegung). Auskunft und Anmeldungen (nur bis zum 28. Juni) bei Karl Schuster, Humboldtstr. 42, Telephon Nr. 44957. Die Leitung.

Jüdischer Gesangverein München. Unser diesjähriges Sommerfest findet Sonntag, den 1. Juli im großen Saal des Restaurants Neumeier in Harlaching bei jeder Witterung statt. Wir haben ein ganz besonders reichhaltiges Programm zusammengestellt und hoffen unsern Gästen recht frohe Stunden zu bereiten. Es werden mitwirken die Damen Manja Sufrin und Else Berger, ferner die Herren Dr. K. Bettsack, Dr. H. Feuchtwanger, S. Schapira, B. Renka u. A. Spaeth. Die Kapelle Velisch spielt zum Tanz die neuesten Schlager. Saaleröffnung pünktlich 4 Uhr nachmittags. — Kommenden Dienstag findet die letzte Probe in diesem Vereinsjahr statt. Wir bitten dringend sämtliche aktiven Mitglieder bestimmt zu erscheinen.

Orchesterkonzert. Das Jüdische Kammerorchester München veranstaltet am Mittwoch, dem 27. Juni 1928, pünktlich halb 9 Uhr abends, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, einen Vortragsabend unter Leitung von Franz Kleinbauer. Zur Aufführung gelangen: I. a) J. H. Schein: Intrada, b) A. Corelli: Concerto grosso B-Dur; II. a) Fr. Schubert: Menuett D-Dur (Jugendkomposition), b) R. Schumann: Träumerei a. Op. 15; III. R. Trunk: Eine kleine Serenade für Streichorchester Op. 55 (1925). Eintritt frei. Programm und Garderobe (zur Deckung der Unkosten) 50 Pf., Jugendliche 30 Pf.

Spendenausweis für Gesamtausschuß. Verein Biker Cholim gratuliert Familie Landau zur Bar Mizwah Ihres Sohnes RM. 1.—, Familie Blumenfeld gratuliert Familie Kohn zur Vermählung ihres Sohnes (unlieb verspätet) RM. 1.—.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Am Donnerstag, dem 7. Juni fand, vor der alljährlichen längeren Sommerpause, der letzte Vortragsabend unserer Ortsgruppe statt. Für den Abend waren zwei Themen vorgesehen und zwar: 1. Palästina-reisebericht des Herrn Paul Hamburger. 2. Referat des Herrn Dr. Meinhold Nußbaum über den Dele-

giertentag. Herr Dr. Nußbaum eröffnete den Abend mit einer Gedenkrede auf das kürzlich tödlich verunglückte jugendliche Mitglied der Ortsgruppe Else Wißmann, die von der Versammlung stehend angehört wurde. Sodann ergriff Herr Paul Hamburger das Wort und erzählte in einer sehr persönlichen und detaillierten Weise von seiner Reise und den großen Eindrücken, die er in Palästina empfangen habe. Den Schluß seiner Rede bildete der Wunsch, daß es allen Zionisten beschieden sein möge, wenigstens einmal in ihrem Leben Palästina mit eigenen Augen sehen und persönlich besuchen zu dürfen. Herr Dr. Nußbaum dankte im Namen der Ortsgruppe dem Referenten für seinen Bericht und gab nun seinerseits sachlichen Bericht über die wesentlichen Inhalte der Delegiertentagsreferate- und Diskussion. Erwähnt sei noch eine interessante Debatte über „inhaltlichen und formalen Zionismus" zwischen den Herren Dr. J. Bamberger, D. M. Nußbaum und Max Gorski.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Zionisten, denkt an den 24. Juni. Wenn es nicht regnet, Ausflug nach Wendelstein. Näheres siehe Einladung.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 26
vom 12. bis 19. Juni 1928

Allgemeine Spenden: Fam. M. Schaller grat. z. Verlobung Orljansky-Diamand (unlieb verspätet) 3.—, Fam. J. Finkel desgl. 1.—, Tina u. Schloime Monheit grat. herzl. Herrn Dr. B. Nußbaum z. Verlobung 2.— = 6.—.

Bäume: Sigbert Frost s. A.-Garten: Der A.H.-Bund der V.J.St. „Jordania" grat. s. lb. Conphilister Benni Nußbaum u. Braut herzl. z. Verlobung 2 B. 12.—, die V.J.St. „Jordania" grat. ihrem lb. A.H. Benni Nußbaum u. Braut herzl. z. Verlobung 1 B. 6.— = 18.—.

Sammeltaschen: Theo Epstein 2.11.

Büchsen: Geleert durch Max Feder: V.J.St. „Jordania" 8.28, Direktor M. Apfel 6.24, L. Davidson 5.—, M. Ries 4.50, N. N. 3.31, M. Tolziner 2.42, Dipl.-Ing. E. Engelberg 2.40, Frau I. Guggenheim 2.—, M. Rosenfeld 1.86, M. Fleischer 1.34, J. Kleinhaus 1.10, J. Rosengart 1.— = 39.45.

Geleert durch Arnold Grünbaum: Ch. Both 12.—, O. Saß 2.50, S. Schmidt 2.—, J. Epstein 2.—, P. Grünbaum 1.50, M. Engelhard 1.— = 21.—.

Summa: 86.56.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1927: 4967.18.



Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 15. Juni 1928

Spendenbuch: Herr u. Frau Sanitätsrat Dr. Max Strauß anl. Konfirmation ihrer Tochter 10.—, Herr u. Frau Martin Eichbaum anl. Konfirmation ihrer Tochter 10.—, Herr u. Frau August Wassermann anl. Konfirmation ihrer Tochter 10.—, Frau Helene Ottenstein anl. Konfirmation ihrer Tochter 5.—; durch Rosi Birnbaum (Fürth): Fa. Forchheimer & Schloß (Fürth) anl. Geschäftsjubiläum 10.—, Familie S. Schäler (Fürth) zum Tode der Frau Schäler 10.—, Herr u. Frau Leo Levy anl. Geburt ihrer Tochter 5.—.

Imi-Tasche: Nathan Radoschitski —.75.

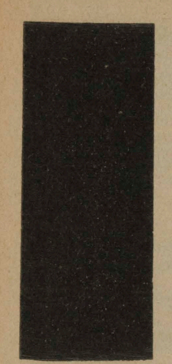
Wertzeichen: David Blauzwirn (Hof) für 20 N.-F.-Telegramme 20.—, Percikowitsch (Erlangen) für 2 N.-F.-Telegramme 1.—.

Büchsen: Durch Nathan Radoschitski 42.82 (Bernhard Thurnauer 18.—, Dr. E. Thalmann 7.02, Frau Frieda Vorhaus 5.10, Heimann 5.—, R. Heller 3.—, S. Sämann 2.—, Stabholz 1.50, Joskowitz 1.20); durch Mauri Gorski 40.94 (Dr. S. Neuburger 7.50, W. Krailsheimer 7.22, A. Bamberger, S. Fichtelberger je 5.—, Stock-Limmer 3.44, Dr. A. Löwenthal 3.—, Baumann 1.95, J. Goldschmidt 1.73, Café Habsburg 1.20, Braunschweiger, Holzinger, Schächter, Kuschnerow je 1.—, Frank —.90).

Bezelan 1.80.

Summa: 167.31.

Seit 1. Oktober 1927 aufgebracht: 6650.12.



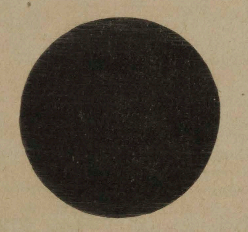
Sonntag, den 24. Juni 1928, abends 8 Uhr
in der Tonhalle, Türkenstraße 5

Einziges Konzert

des weltberühmten Kantors

Josef Rosenblatt New-York

Programm:
Religiöse Gesänge und jiddische Volkslieder
Am Flügel: A. ELLSTEIN, NEW-YORK



Wer den Namen „Josele Rosenblatt" nur gehört hat, wird die Gelegenheit nicht verfehlen, diesen Abend mitzuerleben. Der stürmische Beifall in den ausverkauften Häusern in Paris, Antwerpen, Brüssel, Amsterdam, Zürich, Köln, Frankfurt, Leipzig und Berlin, lässt auch hier Andrang voraussehen.

Karten zu RM. 4.—, 5,—, 6.— und 8.—, Stehplatz RM. 2.—

Vorverkauf: Ewer Buchhandlung Ottostraße 2, Orljansky, Neuhauserstraße 29, Gidalewitsch, Müllerstraße 42, Kornhauser, Isartorplatz 8, Landau, Reichenbachstraße 20, D. Goldberg, Schwanthalerstraße 24 (Pelzgeschäft)

Portorose bei Triest
Pension Rubinstein / Villa Trento



Einzig rituelles Haus am Platze neben Kuranstalt und Strand. Zimmer mit Balkon und Meeresaussicht mit erstkl. Verpflegung. Alle Abg. inbegr. RM. 6.50. Vormerkungen erb.

Schwesternbund d. München-Loge

Gemütliche Abende

im Mädchenklub, Herzog-Max-Str. 5/I Rg.

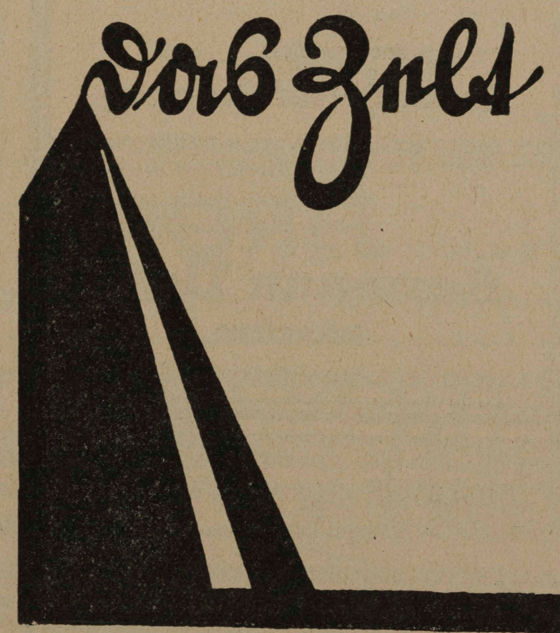
Montag, 8[15] Uhr:
Rhythm. Kurs (Hzg.-Rudolph-Str. 1/p Rg.)

Dienstag von 8—10 Uhr:
Nähen (Kleider, Weißnähen, Handarbeit).

Donnerstag von 7[30] — 8[30] Uhr:
Englisch (für Anfänger u. Fortgeschrittene)

Donnerstag von 8[30] — 10 Uhr:
Geselliger Abend (Literat., Biblioth., Musik)

Zu unseren Heimabenden laden wir Mädchen vom 16. Lebensjahre ab herzlich ein. Zutritt frei. Anmeldung bei Frau Studienrat **Schaalmann,** Tengstraße 37



Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.